

Der Landrat verwies auf den Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 25.01.2019.

Abg. Dr. Lamberty sagte, er gebe eine schriftliche Stellungnahme hinsichtlich der Antwort der Verwaltung zum Antrag seiner Fraktion zur Niederschrift.

Darüber hinaus teilte Abg. Dr. Lamberty mit, nach der Beurteilung der Antworten der Verwaltung habe sich der Verdacht bei seiner Fraktion verfestigt, dass es sich bei der Stellenbesetzung um eine parteipolitische Veranstaltung gehandelt habe. Die Fragen seiner Fraktion seien teilweise nicht, teilweise unvollständig und in einigen Punkten widersprüchlich beantwortet worden. Das sei echter „Kölscher Klüngel“ gewesen.

Anmerkung des Schriftführers:

*Die Stellungnahme ist als Anhang 1 der Niederschrift beigefügt.*

Der Landrat erwiderte, er weise die Unterstellung des „Kölschen Klüngel“ zurück. Es sei der Intention einer gewissen Presselandschaft geschuldet, dass diese Angelegenheit in eine bestimmte Richtung gedrängt wurde.

Abg. Waldästl sagte, aufgrund der Berichterstattung des Kölner Stadtanzeigers, in der sich der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel zu den Vorgängen der Metropolregion geäußert habe, erscheine diese Angelegenheit fragwürdiger.

Aus dem Antwortschreiben der Verwaltung zu den gestellten Anfragen gehe hervor, dass nach einem offenen Interessenbekundungsverfahren vier Bewerbungen vorgelegen hätten. Laut Presseartikel des Kölner Stadtanzeigers sei Frau Thönnissen durch Landrat Schuster vorgeschlagen worden.

Darüber hinaus sei aus der Antwort der Verwaltung zu entnehmen, dass bereits bei der Gründung der Metropolregion eine Evaluierung nach drei Jahren für das Jahr 2019/2020 festgeschrieben worden sei. Vor dem Hintergrund der inthronisierten neuen Geschäftsführerinnen und der daraus resultierenden notwendigen Einarbeitungszeit müsse man als Rhein-Sieg-Kreis, der an der Metropolregion beteiligt ist, die Frage stellen, wie die Zeitperspektive aussehe und wann die Metropolregion die Erwartungen erfülle. Zudem seien die zur Verfügung stehenden Personalkapazitäten in Gestalt von zwei Führungskräften und drei Mitarbeitern mindestens fragwürdig.

Weiter führte der Abg. Waldästl aus, ihm würde insbesondere die Zukunftsperspektive interessieren. Es müsse geklärt werden, wann man konkret für den Rhein-Sieg-Kreis evaluiere. Zudem müsse erklärt werden, was es mit der Personalie Ulla Thönnissen auf sich hatte.

Der Landrat sagte, Ende November habe man die Mitteilung der Kölner Oberbürgermeisterin erhalten, dass sie für den Vorsitz nicht zur Verfügung stehe. In diesem Zusammenhang habe sich weiter die Erkenntnis festgesetzt, dass die Besetzung mit dem damaligen Geschäftsführer nicht optimal gewesen sei. So war man aufgefordert, sich Gedanken zum vakanten Vorsitz bzw. hinsichtlich der Geschäftsführung zu machen.

Weiter führte der Landrat aus, dass er in der Vorstandssitzung im Dezember die Bereitschaft signalisiert habe, den Vorsitz zu übernehmen, da laut Satzung nach zwei Jahren der Vorsitz vom Regierungsbezirk Düsseldorf in den Regierungsbezirk Köln wechsele. Er sei nach wie vor der Überzeugung, dass dem Verein Metropolregion Rheinland eine Chance gegeben werden müsse, da es eine sinnvolle Einrichtung sei.

Zur Vermeidung einer weiteren kostenintensiven Beauftragung eines „Headhunters“ habe er Gespräche mit Persönlichkeiten geführt, die in der 1. Bewerbungsrunde bereits zugeführt worden seien. Eine Person habe jedoch nicht sofort zur Verfügung stehen können, sodass man über eine Interimslösung nachgedacht habe. In diesem Zusammenhang sei Anfang Dezember der Name Ulla Thönnissen gefallen, die auch Mitglied des Vorstandes sei. Mit diesen Vorstellungen habe er sich nicht durchsetzen können.

Zu den zwei feststehenden Bewerbungen sei ein weiterer Bewerbungsvorschlag durch den Hauptgeschäftsführer der IHK Aachen erfolgt. Zudem habe es einen vierten Bewerbungsvorschlag aus dem Kölner Raum gegeben. Insofern habe man erstmalig im Vorstand den Namen von Frau Jahn gehört. In der Vorstandssitzung habe es eine Pattsituation hinsichtlich der Vorstellung der Bewerber gegeben. Daraufhin sei beschlossen worden, dass die Stimme der künftig designierten Vorsitzenden den Ausschlag geben solle. Das habe dazu geführt, dass Frau Jahn zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen worden sei.

Mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit sei in der großen Vorstandssitzung beschlossen worden, dass Frau Jahn mit einer vollen Stelle und Frau Thönnissen mit einer halben Stelle die Doppelspitze besetzen. In dem 20-köpfigen Vorstand sei das zweieinhalb Stunden transparent beraten worden. Das Personalkostenbudget sei gegenüber den vorherigen Ausgaben unterschritten worden.

Abg. Dr. Bieber sagte, man sei über die eine oder andere Entwicklung sowie über das Agieren des einen oder anderen Verantwortlichen in den vergangenen Monaten in der Metropolregion überrascht und erhalte den Eindruck, dass die Sorge nicht der Metropolregion, sondern anderen Interessen gelte.

Da die Geschäftsführerverträge geschlossen seien und demnach nichts geändert werden könne, wolle man dem neuen Team eine Chance geben, da man überzeugt sei, dass eine funktionierende Metropolregion einen Mehrwert für die gesamte Region haben könne. Vor diesem Hintergrund werde man die festgeschriebene Evaluation durchführen. Alles Weitere werde sorgsam verfolgt.

Weiter wies Abg. Dr. Bieber darauf hin, dass in der kommenden Mitgliederversammlung die Mitglieder ihre Fragen und Anträge zu diesem Vorgang stellen können. Da man hier nur mittelbar betroffen sei, könne man praktisch nur über die Vertreter des Kreises in der Mitgliederversammlung Auskünfte erfragen.

Abg. Tandler sagte, er gebe dem Abg. Dr. Bieber Recht, dass alle gemeinsam diese Metropolregion gestützt hätten. Man müsse mit Skepsis abwarten, wie sich die Metropolregion entwickle.

Weiter wies er darauf hin, dass aus betriebswirtschaftlicher Sicht das Personalstruktur mit zwei Geschäftsführerinnen und drei Angestellten schwer nachvollziehbar sei.

Abg. Steiner sagte, er sei von der Personalentscheidung über die Besetzung der Geschäftsführung ebenfalls überrascht worden. Er rechne es Landrat Schuster hoch an, dass er sich mit aller Intensität für eine zweite Chance der Metropolregion eingesetzt habe. Es gehe nun darum, die Metropolregion erfolgreich zu führen und zu unterstützen, da ein Scheitern des Vereins einen Schaden für die Region verursache, der schwer zu bereinigen sei. Er sei optimistisch, dass man mit dieser personellen Besetzung die Chance habe, die Ziele zu erreichen.

Abschließend bemerkte Abg. Steiner, weder der Kölner Stadtrat, der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises noch der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf entscheide über die Besetzung der Geschäftsführung der Metropolregion, da es dafür eine Mitgliederversammlung gebe. Hierfür habe man dieses Gremium in der Form in der Vereinssatzung begründet.

Auf Nachfrage des Abg. Skoda, ob ein Datum hinsichtlich der Vorlage eines Tätigkeitsberichts der Metropolregion Rheinland festgesetzt werden könne, sagte Abg. Dr. Bieber, dass der Termin aufgrund des Kreistagsbeschlusses im Januar 2017 feststehe, sodass eine Evaluation nach drei Jahren im Januar 2020 vorliegen müsse.

Der Landrat sagte, die Geschäftsführung lege für die kommende Mitgliederversammlung eine Budgetplanung vor, die der Vorstand verabschiedet habe. Darüber hinaus werde ein Arbeitsprogramm vorgelegt. Weiterhin werde die Vereinssatzung überarbeitet, da sie erhebliche Defizite aufweise.

Aufgrund der gescheiterten Bewerbung „Rheinland digital“ verfüge der Verein Metropolregion Rheinland über eine Rücklage in Höhe von 750.000 Euro für das laufende Jahr, die in einem Sonderposten hinterlegt sind. Durch einen entsprechenden Beschluss könne diese Rücklage für andere Zwecke verwendet werden.

Weiter bemerkte der Landrat, dass der Verein Region Köln/Bonn e.V., der kürzlich sein 25. Gründungsjubiläum feierte, ebenfalls eine entsprechende Anlaufzeit benötigt habe, um die heute sehr gute Arbeit leisten zu können.

Der Landrat teilte mit, dass er ausdrücklich u.a. seitens der Geschäftsführung darum gebeten worden sei, trotz turnusmäßiger Rotation weiterhin für die nächsten zwei Jahre für den Vorstand des Vereins zur Verfügung zu stehen. Sollte die Mitgliederversammlung das mittragen, sei er hierzu bereit, da er nach wie von einem Erfolg der Metropolregion Rheinland überzeugt sei.

Abg. Krupp sagte, sie halte es für ein Armutszeugnis für die Region, falls man das Projekt Metropolregion Rheinland nicht vernünftig auf die Beine gestellt bekomme. Sie habe den Eindruck, es gäbe viele engagierte Personen, die daraus ein Erfolgsmodell schaffen wollen. Das müsse jedoch schnell funktionieren. Zudem erwarte sie, dass man sich auf die eigentliche Aufgabe konzentriere.

Der Landrat sagte, auf der Klausurtagung in Königswinter sei gegenüber den beiden Geschäftsführerinnen eindeutig formuliert worden, dass keine Doppel- oder Mehrfachstrukturen entstehen dürfen. Darüber hinaus dürfe es nicht sein, dass die Geschäftsführung Erfolge für sich beanspruche, die die Verkehrsverbände unbestreitbar erzielt hätten.

Der Landrat sagte, er gehe davon aus, dass der Antrag des FDP-Kreistagsfraktion damit erledigt sei und fragte, ob Abg. Dr. Lamberty die Stellungnahme zu Protokoll gebe. Abg. Dr. Lamberty stimmte dem zu.